



Barthle-Brief

Nr. 47

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

25.1.2008

Thema der Woche:

Wahlen in Hessen und Niedersachsen **Symposium der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema Jugendgewalt**

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht in der Woche vor den Wahlen voll hinter den wahlkämpfenden CDU-Landesverbänden in Hessen und Niedersachsen, damit diese ihren jeweiligen Erfolgskurs fortsetzen können. Nach jahrelangen rot-grünen Versäumnissen haben Roland Koch und Christian Wulff Hessen und Niedersachsen wieder auf den Weg des Erfolgs zurückgeführt. Das zeigen alle Daten: In beiden Ländern boomt die Wirtschaft, die Arbeitslosigkeit ist gesunken und die Kriminalität zurückgegangen. Die Bürgerinnen und Bürger spüren: Wo die Union regiert, geht es den Menschen besser. Diese Erfolgsgeschichten müssen fortgesetzt werden. Roland Koch und Christian Wulff sind die Garanten dafür, dass es weiter aufwärts geht. Das weiß auch die SPD. Die persönlichen Angriffe auf unsere Ministerpräsidenten in den vergangenen Tagen und Wochen sind Ausdruck von Verzweiflung und der Einsicht, der Erfolgsbilanz der CDUgeführten Landesregierungen nichts entgegensetzen zu können. Wir sind überzeugt: Die Wählerinnen und Wähler wissen genau, wer in den vergangenen Jahren durch entschlossenes Handeln ihre Probleme gelöst hat und wer nur durch weltfremde Rhetorik aufgefallen ist.

Die Gewaltkriminalität von Jugendlichen ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Dieser Anstieg zeigt, dass die bisherigen Instrumente zur Bekämpfung der Jugendgewalt nicht ausreichend sind. CDU und CSU weisen dagegen schon seit Jahren auf die zunehmende Gefährdung des öffentlichen Raumes durch kriminelle Jugendliche hin. In mehreren Bundsratsinitiativen haben wir deshalb vielfältige Verbesserungen zur Lösung des Problems, darunter auch Strafverschärfungen, vorgeschlagen, die aber alle an der SPD gescheitert sind. Auch unseren Versuch, die Erweiterung der Instrumente im Koalitionsvertrag festzu-

schreiben, haben die Sozialdemokraten boykottiert. Dennoch haben wir das Thema weiter verfolgt. Anlässlich eines von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am Montag in Berlin abgehaltenen Symposiums mit über 300 Teilnehmern hat sich die Union erneut mit dem Thema „Jugendgewalt“ befasst und mit Experten aus Jugendhilfe, Pädagogik, Wissenschaft und Justiz diskutiert. Von Fachleuten und Praktikern haben wir uns wichtige Eindrücke und Analysen schildern lassen, um das Problem noch besser angehen zu können.

Die Aussagen der Experten haben uns in unserer Überzeugung von der hohen Wichtigkeit des Themas bestärkt. Deutlich wurde auch, dass die Gewaltkriminalität jugendlicher Migranten tatsächlich eine besondere Herausforderung darstellt. Davor die Augen zu verschließen heißt, sich die Welt schönzureden, statt sich um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu kümmern. Diejenigen Politiker, die ihre Augen vor diesen Problemen nicht verschließen, in die Nähe von Rechtsradikalismus zu stellen oder sogar in aller Öffentlichkeit mit der NPD zu vergleichen ist ein unerträglicher Vorgang. Ausdrücklich unterstützt haben die Experten auch unsere Vorschläge zur besseren Bekämpfung von Jugendgewalt. Neben der Prävention müssen wir vor allem die Möglichkeiten im Jugendstrafrecht verbessern. Für hilfreich hielten die Experten insbesondere die Einführung eines möglichen Warnschussarrests im Zusammenhang mit einer verhängten Bewährungsstrafe. Auch die generelle Anwendung des Erwachsenenstrafrechts bei Gewalttätern zwischen 18 und 21 Jahren stieß auf Zustimmung.

Das zeigt uns: Unsere Forderungen sind richtig. Wir werden unserem Koalitionspartner gegenüber auf ihre Umsetzung drängen.

Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht

Unter dem Motto „Kurs halten!“ stellte Bundeswirtschaftsminister Michael Glos am Donnerstag im Deutschen Bundestag den Jahreswirtschaftsbericht vor. Dieser zeigt: Trotz Risiken sind wir auf einem guten Weg. Die deutsche Wirtschaft wird in diesem Jahr voraussichtlich um 1,7 Prozent wachsen. Auch der private Konsum dürfte um etwa 1,1 Prozent zunehmen. Die Rekordbeschäftigung und der ausgeglichene Haushalt zeigen, dass sich die Reformen der letzten Jahre auszahlen. Mit über 40 Millionen Erwerbstätigen wurde im Herbst 2007 ein historischer Höchststand erreicht. Die Zahl der Arbeitslosen ging von jahresdurchschnittlich 4,9 Millionen im Jahre 2005 auf unter 3,8 Millionen im vergangenen Jahr zurück. Bei der Inflation gehen die Experten von einem baldigen Rückgang auf 2 Prozent aus. Auch auf dem Arbeitsmarkt wird die positive Entwicklung weitergehen: 330.000 Stellen werden aller Voraussicht nach neu entstehen. Damit wird die Arbeitslosigkeit im Jahresschnitt auf 8,2 Prozent nach 9 Prozent im Jahr 2007 sinken. Allerdings zeigen die momentanen Kursstürze an der Börse und die Abkühlung des Investitionsklimas auch die Gefahren. Wir müssen weiter Kurs halten!

Bundestagswahlkreise neu eingeteilt

Aufgrund der Bevölkerungsentwicklung in den Ländern sowie in einigen Wahlkreisen steht die Einteilung der Wahlkreise für die Wahl zum Deutschen Bundestag nicht mehr im Einklang mit den Grundsätzen für die Wahlkreiseinteilung. Mit dem in dieser Woche in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten 18. Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes werden die Bundestagswahlkreise neu eingeteilt und beschrieben. Entsprechend den Empfehlungen der Wahlkreiskommission verlieren Sachsen und Sachsen-Anhalt einen Wahlkreis. Baden-Württemberg und Niedersachsen erhalten jeweils einen zusätzlichen Wahlkreis. Ziel des ebenfalls in zweiter und dritter Lesung behandelten Gesetzes zur Änderung des Wahl- und Abgeordnetenrechts ist es, das Wahlrecht wähler- und bewerberfreundlicher zu gestalten, die Wahlrechtsgrundsätze noch besser zu verwirklichen und die Verwaltungsarbeit für die Gemeinden und Wahlor-

gane zu vereinfachen. Für im Ausland lebende Deutsche wird ein zeitlich unbeschränktes aktives Wahlrecht geschaffen. Das Erfordernis der Antragsgründe für die Briefwahl wird abgeschafft.

Neuorganisation der Bundespolizei

Ebenfalls in zweiter und dritter Lesung wurde in dieser Woche das Gesetz zur Änderung des Bundespolizeigesetzes und anderer Gesetze verabschiedet. Damit schaffen wir die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Neuorganisation, die die Bundespolizei für die vor ihr liegenden Herausforderungen zukunftsfähig aufstellt. Die Organisationsstrukturen werden auf allen Ebenen gestrafft. Statt bisher fünf wird ein Bundespolizeipräsidium eingerichtet. Neue regionale Bundespolizeidirektionen werden an die Stelle der bisherigen Bundespolizeiämter treten. Die Inspektionen werden zu Bundespolizeiinspektionen zusammengefasst. Mit der Verabschiedung hat nun die Verunsicherung der über 40.000 Beschäftigten der Bundespolizei, die endlich Klarheit über ihre zukünftige Verwendung haben wollen, ein Ende.

Kontopfändung neu geregelt

Mit dem in dieser Woche in erster Lesung beratenen Gesetz zur Reform des Kontopfändungsschutzes schaffen wir die Möglichkeit der Einrichtung sogenannter Pfändungsschutzkonten. Werden der Existenzsicherung dienende Einkünfte des Schuldners auf einem solchen Konto gutgeschrieben, kann der Schuldner trotz Kontopfändung im Rahmen der Pfändungsfreigrenzen Geldgeschäfte des täglichen Lebens wie etwa Mietzahlungen vornehmen. Damit bleibt die Funktionsfähigkeit des Girokontos trotz Pfändung erhalten. Zudem können auf diese Weise bestehende Pfändungsfreibeträge besser gesichert werden, und es wird verhindert, dass Schuldner aufgrund Nichtbeachtung der Freibeträge auf staatliche Transferleistungen angewiesen sind.

Zitat

„Meine Kurzatmigkeit ist nicht politisch, sondern sie hat mit der Erkältung zu tun.“

(Der erkältete Bundeswirtschaftsminister Michael Glos bei der Vorstellung des Jahreswirtschaftsberichts 2008)